

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2 mal täglich, aus Montag aus. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M. Durch Träger und ausd. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M. ohne Postgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 12. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 25 Pf., Rheinlande 1. — 20 Pf.; außerhalb 30 Pf., Rheinlande 1.20 M. Gebührenspreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 659

Dienstag, 31. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Die Lage in Berlin.

Die Lösung der Berliner Regierungskrise in dem Sinne, daß die Unabhängigen ganz aus der Regierung ausscheiden, klärt zwar die Lage, ob sie aber auch eine Verbesserung bedeutet, wagen wir nicht zu behaupten. Die Unabhängigen sind jetzt erst wirklich unabhängig. Sie werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um die gemäßigten-sozialistischen Regierung zu stützen. Wie die Dinge liegen, muß das deutsche Bürgertum in seinem eigenen Interesse die Regierung Ebert-Scheidemann mit allen Kräften stützen, wie allerdings auch diese Regierung Halt beim Bürgertum suchen mußte. Zweifellos ist die Lage in Berlin sehr ernst. Die dortigen Korrespondenten französischer und englischer Blätter teilen mit, daß Scheidemann erklärt habe, die Regierung werde nicht zurücktreten, da sie die Mehrheit des Volkes hinter sich habe. Das ist ganz zweifellos, da auch die nicht sozialistischen Parteien die Regierung unterstützen, aber man weiß nicht, was die radikalen sozialistischen Gruppen vorhaben, insbesondere auf dem Wege der Gewalt. Man weiß ebenso wenig, ob die letzte deutsche Regierung entschlossen ist, der Gewalt auch Gewalt entgegenzusetzen, und drittens ist man über die Stimmung der Mehrheit der Truppen im Unklaren.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet dem „Echo de Paris“ zufolge aus Bremen, daß dort das Proletariat bewaffnet werde. Seit Sonntag würden an alle Proletarier, die das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben und den Unabhängigen oder der Spartakusgruppe angehören, Waffen verteilt. Was in Bremen geschieht, soll in Berlin, wie schon früher behauptet wurde, längst geschehen sein. In Berlin soll es jetzt 110 000 Arbeitslose geben, die mit ihren Frauen und Kindern in den Straßen umherziehen; sie bilden außer den Schwerarbeitern die Garde des Spartakus. Ein Aufruf der Regierung Ebert-Scheidemann wendet sich scharf gegen die Spartakisten; ein Teil daraus lautet nach französischen Blättern: „Die Leute werden damit erben, daß sie Deutschland zur Wüste machen, wie sie auch Rußland in den Abgrund geführt haben.“ Diesen Satz unterstreichen wir, müssen aber dazu bemerken, daß gerade die frühere Sozialdemokratie die Vorurteile der kommunistischen Gruppen geweckt ist. Heute freilich, da sie um die Herrschaft streiten, stehen sie in Todesfeindschaft einander gegenüber; das war aber nicht immer so. Diese Todesfeindschaft hat zu den schweren Kämpfen in Berlin geführt, bei denen angeblich mehr als hundert Kanonenschüsse auf das königliche Schloss abgegeben worden sind. Die Verwundungen im Innern sollen sehr groß sein. Unschätzbare Werte seien verloren gegangen. Das sogenannte japanische Zimmer, in welchem der Kaiser zu arbeiten pflegte, die Empfindsäule, in denen sich kostbare Waffen, Porzellan- und Kunstgegenstände befanden, der berühmte Weiße Saal und viele andere Räume sind völlig zerstört. Nichts ist heil geblieben. Aber das alles wäre leicht zu verschmerzen, wenn nicht auch noch viel Blut geflossen wäre oder wenn man wüßte, daß das Blutvergießen nun sein Ende gefunden hätte. Man muß jedoch befürchten, daß die Kämpfe vom 23. und 24. Dezember nur den Auftakt zu neuen Meutereien gebildet haben.

Über den Stand der Regierungskrise meldet die „N. A. M.“ am 27. Dez.: Der Fortbestand des Rates der Volksbeauftragten in der gegenwärtigen Zusammensetzung erscheint ausgeschlossen. Entweder werde der neue Rat der Volksbeauftragten nur aus Mehrheitssozialisten gewählt oder nur aus Unabhängigen, wobei die bisherigen Vertreter dieser Gruppen im Amt bleiben würden oder Ebert, Scheidemann und Landsberg würden durch drei andere Mehrheitssozialisten ersetzt. Die Krise bezog sich auf drei Hauptfragen: 1. Durchführung des Beschlusses des Rätekongresses über die Kommandogewalt und Stellung der Offiziere; 2. auf die Nationalisierung der Betriebe, zunächst des Bergbaues; 3. auf die Frage der völligen Demobilisation. Die Berliner Zeitung will wissen, daß der Zentralrat in diesen drei Punkten die Auffassung der Unabhängigen teile.

Rücktritt des Generals Lequis.

Der Kommandant der Gardetruppen, General Lequis, ist zurückgetreten und durch Generalleutnant v. Lüttich ersetzt worden.

Scharfes Vorgehen gegen Spartakus in Bremen und Kiel.

Infolge der Unruhen, die durch radikale Elemente hervorgerufen wurden, ist über Bremen und Umgebung der Belagerungszustand verhängt worden. Die Urheber, die ergriffen werden konnten, wurden auf der Stelle erschossen, eine Anzahl Teilnehmer von den sofort eingeleiteten Standgerichten abgeurteilt und ebenfalls erschossen. Auch in Kiel sollen neuerdings wieder blutige Unruhen ausgebrochen sein. Von den Regierungstruppen wurden mehrere Mitglieder der Spartakusgruppe erschossen.

Nach Schweizer Meldungen hat sich in Berlin eine Organisation gebildet, die sich „Politisch-nationale Vereinigung“ nennt und sich zur Aufgabe setzt, jede Art von Terrorismus zu bekämpfen.

Liebnechts Kriegserklärung.

Nach einem Artikel der „Neuen Wache“, des Liebnechts-Blattes, fordern Arbeiterfreie der Unabhängigen offen zum Kampf gegen die Mehrheitssozialisten und gegen die Nationalversammlung auf.

Zur sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt.

Der „Vorwärts“ meldet: Edward Bernstein hat durch ein Schreiben an den sozialdemokratischen Wahlverein Schöneberg seinen Wiedereintritt in die sozialdemokratische Partei vollzogen.

Der Religionsunterricht in der Schule.

Rückzug des preussischen Kultusministeriums.

Mit Rücksicht auf die lebhaften Bedenken, die vielfach gegen den Erlass über den Religionsunterricht vom 29. Nov. geltend gemacht worden sind, ordne ich hiermit an, daß seine Durchführung überall dort, wo sie auf ernstlichen Widerstand stößt, bis zur Entscheidung durch die preussische Nationalversammlung zu unterbleiben hat. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung: Hantsch.

Katholisch-protestantisches Bündnis.

Aus Berlin wird gemeldet: Zur Wahrung der sämtlichen christlich gerichteten Staatsbürgern gemeinsamen Interessen bei den bevorstehenden politischen Kämpfen haben sich namhafte Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche zu einem interkonfessionellen Ausschuss zusammengeschlossen. Erster Vorsitzender ist Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Adolf Deißmann (Berlin), zweiter Vorsitzender Reichstags- und Landtagsabgeordneter Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Martin Jänschender. Der Ausschuss beabsichtigt, in der nächsten Zeit eine große gemeinsame Kundgebung von Katholiken und Protestanten gegen die beabsichtigten kirchenpolitischen Maßnahmen der Regierung zu veranstalten.

Gute Nachrichten aus dem Ruhrgebiet.

Aus Mülheim a. d. Ruhr wird vom 29. Dez. gemeldet: Nach lang andauernden Verhandlungen im Rathhaus, an denen auch der Minister Stöbel, der Unterstaatssekretär Giesberts und der Arbeiterführer Due teilnahmen, wurde eine Einigung mit den Ausständigen erzielt und in folgendem Dokument zusammengefaßt:

Wir, die Gewerkschaften Deutscher Kaiser, Vohberg und Rhein I., müssen entsprechend allen unsern bisherigen Erklärungen von den Abmachungen zwischen den Organisationen festhalten. Mit Rücksicht auf die durch den lang andauernden Streik eintretende Notlage in den Vergarbeiterfamilien sind wir aber bereit, die entfallenden Streikausfälle zu erlösen, und zwar in der Form, daß jeder Verheiratete 200 M., jeder Unverheiratete 100 M. und jedes Kind unter 14 Jahren 25 M. im ganzen aber nicht mehr als 125 M. Kindererlösch erhält. Die Zahlung erfolgt in zwei Raten, die erste am 30. d. M., die zweite 14 Tage später. Voraussetzung ist, daß die Arbeit am Montag voll aufgenommen wird, vom 1. Februar nächsten Jahres die Achtstundenschicht, wie von den Organisationen vereinbart, voll verschoben wird und daß alle übrigen Organisationsabmachungen sofort voll eingehalten werden.

Diese Vereinbarung wurde von beiden Parteien und den oben genannten Vermittlern unterschrieben.

Lloyd Georges Wahlsieg.

Das Regierungskartell hat, wie vorausgesehen war, bei den Wahlen einen vollen Sieg davongetragen. Gewählt sind auf Seiten des Kartells 334 Unionisten, 127 Liberale, 10 Arbeiterpartei, auf der Gegenseite 57 Anhänger von Lloyd George, 48 unabhängige Unionisten, 5 Wilde, 65 Arbeiterpartei, 1 Frau, 7 Nationalisten und 70 Sinner. Es fehlen noch zwei oder drei Ergebnisse. Unter den Unterlegenen ist an erster Stelle Asquith zu erwähnen. Er erhielt 7000, sein unionistischer Gegner 9000 Stimmen. Die Liberalen schreiben die Niederlage ihres alten Führers dem Umstand zu, daß in dem Wahlkreis Cardiff infolge einer Erweiterung des Wahlkreises konservative Gelegenheit fanden, gegen ihn zu stimmen. Von Lloyd Georges Anhängern sind nicht weniger als zwölf ehemalige Minister, darunter McKenna, Sir John Simon und Buxton, nicht wiedergewählt; die Partei ist im Unterhaus nicht nur auf ein Dutzend zusammengeschmolzen, sondern auch ohne Führer. Weiter sind geschlagen Ramsay MacDonald, Henderson und Snowden von der Arbeiterpartei (in deren Reihen jetzt David Lloyd Wilson eintritt), sowie der Frenschirer Dillon, der vor dem Absturz der Sinn-Reiner, der Balera, das Feld räumen muß. Diese Partei ist es, für die, von Dublin gewählt, die erste Frau, Gräfin Markiewicz, in das Parlament eintritt. Die Regierung hat keines ihrer Mitglieder verloren. Lloyd George selbst wurde in Carnarvon mit rund 14 000 gegen 1000 Stimmen wiedergewählt. Nach dem letzten Stande sind etwa 470 Anhänger des Kartells gewählt, das in einem Hause von 707 also auf eine Mehrheit von etwa 240 zählen kann, die noch größer wird, wenn man die 48 nicht zum Kartell gehörigen Unionisten mit berücksichtigt. Die Beteiligung von der Front war sehr stark. Die zum Teil sehr überraschenden Ergebnisse verurteilten in London nicht geringe Aufregung. Alle Stimmen sind darin einig, daß der Ausgang in erster Linie einen gewaltigen Sieg für Lloyd George bedeutet, der mächtiger da steht als je.

Umbildung des italienischen Kabinetts.

Nach Mitteilungen holländischer Blätter aus Rom hat Visconti wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten in der Auffassung der Friedensfrage seine Entlassung eingereicht. Visconti will, dem „Secolo“ zufolge, jeden neuen Völkerkonflikt vermeiden und tritt deshalb für einen Ausgleich Italiens mit den Südländern ein.

Die „Tribuna“ meldet aus Rom: Die „Idea Nazionale“ berichtet, daß Martini, Bonomi, Arlotto und Riccio die amtsübenden Minister ersetzen.

Der Vorfriedensvertrag.

Kreuzer meldet: Die „Morningpost“ schreibt: In dem Plane für die Friedenskonferenz, die wahrscheinlich am 6. Januar beginnen wird, ist eine Aenderungen eingetret. Die Besprechungen werden nun zwischen den vier Großmächten England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten abgehalten; hierbei werden die übrigen Bundesgenossen zu einer Besprechung der Fragen eingeladen, die sie im besonderen betreffen. An der Regelung der Frage des nahen Ostens werden Griechenland, Serbien und Rumänien teilnehmen; bei den österreichisch-ungarischen Angelegenheiten wird Griechenland ausfallen. In nächster wird der allgemeine Zustand in Europa durch die vier Großmächte besprochen.

Abg. Gröber über die politische Lage.

Landgerichtsdirektor Gröber sprach in Heilbronn über die Folgen der Revolution und unsere Stellung dazu. Das „Deutsche Volksblatt“ bringt einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Die Monarchie ist tatsächlich befeitigt in Deutschland, in all den monarchischen Staaten. Nach menschlicher Voraussicht ist an eine Wiederherstellung nicht zu denken. Wenn etwas auffassend war, dann ist es die Art und Weise, wie die Monarchie gefallen. Man hätte zu denken, wenn etwas auffassend war, dann ist es die Bestanden, die so tief, wie man annahm, in die Herzen der Bevölkerung eingedrungen war, die wäre nicht ohne scharfen Widerstand befeitigt worden. Und doch wie wenige, wie außerordentlich wenige haben sich gerührt; wo blieben da die höheren Offiziere, wo die höheren Beamten? Und für die Anhänger der Monarchie war es noch schmerzvoller, wie so manche Träger der Krone selbst sich verhalten haben. Welches mächte die Ursachen hiervon gewesen sein. Vielleicht war man durch die vier Jahre Krieg zu sehr abgelenkt. Der Politiker muß sich mit dieser tatsächlichen Lage abfinden. Gesühle dürfen nicht mitreden.

Ein amerikanischer General in Mainz.

Im Automobil ist der amerikanische General Dickmann in Mainz eingetroffen. Er wurde im Anschluß an eine feierliche Parade und im Zusammenhang mit der Ueberreichung von Kreuzen zur Ehrenlegion an französische Offiziere von dem Armeekommandeur General Mangin im Schloß empfangen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 31. Dezember.

Stadtverordneten-Sitzung.

Gestern nachmittag traten die Stadtverordneten zu einer Sitzung zusammen, um noch vor Jahresabschluss die Vorlagen über Gehälter und Aufgehälter der befohlenen Magistratsmitglieder, der hiesigen Beamten und Arbeiter, der Kurmüller und Lehrer und Lehrerinnen am Volks- und Mittelschulen, Fortbildungsschulen usw. zu verabschieden. Zu Beginn der Sitzung teilte Justizrat Dr. Siebert, der anstelle des verhinderten Stadtverordnetenvorstehers Albert den Vorsitz führte, mit, daß die Administratoren der französischen Besatzung, Oberst Carlet und Kapitän Delabre, der Sitzung beizuwohnen würden. Er begrüßte die französischen Offiziere mit folgender Ansprache:

Herr Oberst Carlet und Herr Kapitän Delabre!

Ich habe die Ehre, Sie namens der Stadtverordnetenversammlung zu begrüßen. Wie wir der Herr Oberbürgermeister mitgeteilt hat, haben Sie, Herr Oberst, Ihre Amt als Administrator der Stadt Wiesbaden mit Wohlwollen ausüben und ich ergreife gern die Gelegenheit, Ihnen unseren aufrichtigen Dank dafür auszusprechen. Dieses Wohlwollen läßt mich hoffen, daß Sie auch der Einladung, die der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung an die französischen Behörden gerichtet haben, und die ich Ihnen hiermit überreiche, Ihre Beizunahme nicht verweigern werden. Sie enthält die dringenden Wünsche, die die Stadt Wiesbaden in Bezug auf die, unseres Erachtens unbedingt gebotenen Verkehrserleichterungen hegt, und deren Erfüllung unbedingt erforderlich ist, um unsere, durch vier schwere Kriegsjahre besonders hart getroffene Fremdenstadt vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren.

Darauf ergriff Herr Oberst Carlet das Wort und sagte etwa folgendes:

Der Herr Oberbürgermeister hat mich gebeten, dieser Ihrer Sitzung beizuwohnen. Ich ergreife gerne diese Gelegenheit, Sie zu begrüßen. Die heutige Sitzung hat sich mit Angelegenheiten zu befassen, die mich eigentlich nichts angehen, nämlich mit der Gehaltserhöhung der Beamten, was an sich sehr schön ist. Zur bevorstehenden Jahresende spreche ich dem Magistrat und den Stadtverordneten meine besten Wünsche aus, und bege auch die besten Wünsche für das Gedeihen und die Wohlfahrt der Stadt Wiesbaden. Um die Wünsche der Stadt Wiesbaden zu erfüllen, werde ich das Möglichste tun, was in meinen Kräften steht.

Oberst Carlet und Kapitän Delabre verließen darauf wieder die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Stadtv. v. G. den Antrag, von jetzt ab wieder alle 14 Tage eine Stadtverordneten-Sitzung abzuhalten. Dem Antrag wurde stattgegeben, dagegen wurde ein weiterer Antrag v. G., mit den Sitzungen um 3 Uhr zu beginnen, abgelehnt.

Bezahlung von Arzelsmochenhilfe. Die Bezahlung von Arzelsmochenhilfe aus Reichsmitteln fiel bisher weg, sobald der Vater des Kindes aus dem Heeresdienst entlassen war und seine Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen konnte. Eine neue Verordnung des Rates der Volksbeauftragten stützt jetzt aus die Wochenhilfe für Geburtshilfe an, die binnen sechs Wochen nach der Entlassung des Vaters aus dem Heeresdienst eintreten. Die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit steht der Weitergewährung dieser Wochenhilfe bis zum Ablauf der normalen Bezugszeit nicht entgegen. Gleichwohl wird aus Reichsmitteln den verfallenden

Im Vergnügungswald „Groß-Neubaden“ nehmen die Vorstellungen ihren ungehinderten Fortgang, denn die Direktion hat sich eine eigene Beleuchtungsanlage beschafft. Denie Silvester und morgen Neujahrstag große Vorstellungen. Rh. & A. Inziden.

Gemeindeverzeirung. Aus der letzten Sitzung der hiesigen Gemeindeverzeirung ist folgendes zu erwähnen: Die Rothlandsarbeiten haben bisher 3372,43 Mk., die Bürgerwehr hat 1107,41 Mk. gekostet. Der Entwurf für die Erwerbslosenfürsorge wird angenommen. Dazu wird bemerkt, daß der Kreis die Übernahme des Pflichtenfalls der Gemeinde abgelehnt hat. Die Bestimmungen entsprechen im allgemeinen der Wiesbadener Regelung. Dem Schlichtungsausschuß gehören drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer an, für die ersteren soll der Gewerbeverein, für die letzteren das Gewerkschafts- rariell Vorschläge machen. Für die Gunde, die den Blinden als Führer oder zum Erwerb dienen, wird Steuerfreiheit gewährt. Die Fotogelder und Reisekosten für die Gemeindefreiamten und Mitglieber der Körperschaften richten sich in Zukunft nach den Sätzen der Staatsbeamten. Die Gehaltsverhältnisse der Gemeindefreiamten werden neu geregelt. Die Gemeindefreiamten werden jährlich mit 8000 Mk. Mehrausgabe belohnt. Ein vom Arbeiter- und Bauernrat eingebrachter Entwurf einer neuen Befoldungsordnung, der ein Mehr von 15 000 Mk. verlangte, wurde zurückgezogen. Die neue Gehaltsordnung tritt mit 1. April n. J. in Kraft. Die bisher gezeigten

Fußballweitspiel auf dem Sportplatz an der Wallstraße.
Morgen (Freitag), nachmittags 2 Uhr. Neben sich die
heißten einheimischen Fußballvereine, der Sportverein,
C. S. Wiesbaden und die Spielvereinigungen Wiesbaden im
Wettspiel gegenüber. Das Spiel ist von der Leistungs-
behörde geschlichtet.

Vertheilung: Bernhard Grothius,
Verantwortl. für deutsche und ausländ. Politik: B. Meißner;
für Recht, Öffentlichk., Erziehungs- und weltwirtschaftl. Teil:
H. C. Glaserberger; für Stadt- und Landesk. Gesch., Gericht
und Spott: L. B. Gans Däniker; für die Kassen: Joh. B. Haller;
Häuflich in Stöckchen.
Truch. Verlag der Stöckchen'schen Verlags- u. Buchh. G. m. b. H.

Kranke haben, sobald ihr Gesundheitszustand es zuläßt, den Paß unter Nachweis ihrer bisherigen Verhinderung persönlich zu beantragen. Die Stelle hierfür wird noch bekannt gegeben. Für die Abholung der beantragten Pässe wird noch besondere Bekanntmachung erfolgen.

Wiesbaden, den 30. Dezember 1918. Der Magistrat.

Ring-Restaurant - Kaffee
Kaiser Friedrich-Ring 39.
Unsern werten Gästen, Freunden und Bekannten
sowie der geehrten Nachbarschaft die
besten Glückwünsche zum Jahreswechsel
I. Fenzl und Frau.

Wasser-Friedrich-Ring 39.
Unsere verehrten Gärten, Freunden und Bekannten
sowie der geehrten Nachbarschaft die
besten Glückwünsche zum Jahreswechsel
J. Fenzl und Frau.

AUGUST F
Wellritzstrasse 37

Get. Anmeldungen nehmen
wir jederzeit entgegen.
Julius Bier und Frau
Adelheidstrasse 85.
Fernruf 3442. (18113)

Federrollen und Kasten-
Kassenschranken, Flügel,
Türen von Kohlen, Coks,
garantieren bei billigster
Angebotung
EININGER
Telefon 6109.